

**Verwaltungsvorschriften
zu § 57 des Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes (SVVollzG Bln)**

vom 08. November 2023

JustV III B 1.3

Telefon 90 13 - 3155 oder 90 13 -0, intern 9 13 - 3155

Aufgrund des § 6 Absatz 2 Buchstabe b AZG wird zu Abschnitt 9, Grundversorgung und Freizeit, § 57 des Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes in der Fassung vom 27. März 2013 (GVBl. S. 71), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27.09.2021 (GVBl. S. 1145), bestimmt:

1

Untergebrachte werden auf ihren Antrag hin oder gemäß § 57 Absatz 2 SVVollzG Bln auf Kosten des Landes Berlin mit der erforderlichen Kleidung und Wäsche, insbesondere mit Handtüchern und Bettzeug, ausgestattet.

2

(1) Für die Ausstattung der Untergebrachten ist die Vollzugsverwaltung der Einrichtung zuständig. Sie hat die von der Einrichtung gestellte Kleidung und Wäsche, möglichst durch Produkte der Anstaltsbetriebe des Berliner Justizvollzugsvollzugs, zu beschaffen und die ordnungsgemäße Verwaltung und Dokumentation der Bestände sicherzustellen.

(2) Die Verwahrung, Ausgabe und Rücknahme der von der Einrichtung gestellten Kleidung

und Wäsche obliegt der Hauskammer. Die Bediensteten der Hauskammer haben durch Führung eines entsprechenden Verzeichnisses die Vollständigkeit des Bestandes an Kleidung und Wäsche nachzuweisen und deren Ausgabe an sowie deren Rücknahme von Untergebrachten zu dokumentieren.

3

Die von der Einrichtung gestellte Kleidung und Wäsche ist auf Kosten des Landes Berlin regelmäßig zu waschen bzw. zu reinigen; bei Bedarf ist sie durch Nähen oder Flickern auszubessern.

4

Von der Einrichtung gestellte Kleidung und Wäsche darf erst dann vom Bestand ausgesondert und entsorgt werden, wenn nach ihrem Zustand eine Ausbesserung nicht möglich oder unwirtschaftlich ist. Die Aussonderung und Entsorgung sind zu dokumentieren.

5

(1) Die ordnungsgemäße Beschaffung, Verwaltung, Ausgabe und Rückgabe sowie Aussonderung und Vernichtung der gestellten Kleidung und Wäsche ist durch die Einrichtung mindestens einmal jährlich außerordentlich zu prüfen. Der Zeitpunkt der außerordentlichen Prüfung darf vor Aufnahme der Prüfungsarbeiten nicht bekannt gegeben werden. Zusätzlich ist eine Prüfung beim Wechsel der Leitung der Vollzugsverwaltung oder der Leitung der Hauskammer vorzunehmen.

(2) Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob bestimmungsgemäß verfahren wird, insbesondere der Bestands- und Aussonderungsnachweis ordnungsgemäß geführt wird und die Bestände vollständig vorhanden sind. Die Prüfung kann auf Stichproben beschränkt bleiben, wenn hierdurch bereits die Überzeugung von der ordnungsgemäßen Erledigung

der Geschäfte erlangt werden kann. Die Durchführung der Prüfung und die Ergebnisse sind zu dokumentieren.

(3) Ergeben sich bei der Bestandsfeststellung Abweichungen vom Bestandsverzeichnis, so ist eine Klärung herbeizuführen. Bei Fehlmengen ist die Ersatzpflicht zu prüfen. Bei erheblichen Fehlmengen ist der Aufsichtsbehörde zu berichten.

6

(1) Die Untergebrachten haften für vorsätzlich oder fahrlässig verursachte Schäden an der von der Einrichtung gestellten Kleidung und Wäsche sowie deren Verluste (§ 823 BGB). Veränderungen oder Verschlechterungen der von der Einrichtung gestellten Kleidung und Wäsche, insbesondere in Form von Abnutzung, Löchern oder Flecken, die durch den sachgemäßen Gebrauch herbeigeführt werden, haben die Untergebrachten nicht zu vertreten.

(2) Zur Geltendmachung etwaiger Schadensersatzforderungen gegen die Untergebrachten hat die Einrichtung die Schäden, gegebenenfalls auch mittels Fotos, zu dokumentieren sowie weitere Beweismittel, insbesondere Zeugenaussagen, aufzunehmen. Die Untergebrachten sind mündlich über ihre Schadensersatzpflicht zu unterrichten und zur Abgabe eines Schuldanerkenntnisses aufzufordern, sofern der Sachverhalt hinsichtlich des Bestehens der Anspruchsvoraussetzungen zur Geltendmachung von Schadensersatz hinreichend aufgeklärt ist und die Untergebrachten für ihr Handeln verantwortlich sind (§ 827 BGB). Die Untergebrachten sind darauf hinzuweisen, dass das Land Berlin die Schadensersatzansprüche vor dem Zivilgericht geltend machen kann, wodurch ihnen im Unterliegensfall zusätzliche Kosten entstehen würden.

(3) Eine Niederschlagung von Schadensersatzansprüchen kommt insbesondere in Betracht, wenn

- a) angenommen werden kann, dass die Einziehung der Schadenssumme wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse der oder des Untergebrachten dauerhaft ohne Erfolg bleiben wird,
- b) die Kosten der Einziehung (Verwaltungsaufwand) im Verhältnis zur Höhe des Anspruchs zu hoch erscheinen oder
- c) durch die Einziehung der Schadenssumme die Erreichung des Vollzugsziels gefährdet würde.

7

Diese Verwaltungsvorschriften zu § 57 SVVollzG Bln treten am 01. Dezember 2023 in Kraft.
Sie treten mit Ablauf des 30. November 2028 außer Kraft.

Berlin, 08. November 2023

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Im Auftrag

Gerlach